

---

# Kapitaloffensive gegen die Jugend

---

Bildungszeitung der SDAJ  
#1 / 2018



SDAJ

A large, light gray graphic element consisting of the letters 'SDAJ' in a bold, sans-serif font, positioned at the bottom of the page. To the right of the letters is a large, light gray five-pointed star.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59

Liebe Genossinnen und Genossen,

zwischen Oktober und Dezember 2018 wollen wir die Bildungszeitung Kapitaloffensive im Verband durchführen. Dazu gibt es ein begleitendes Agitationstraining zum Jugendaktionsprogramm, das ihr nach der Diskussion der Bildungszeitung durchführen könnt.

Wie ihr die Bildungszeitung durchführt, ist euch überlassen – ob auf drei Schwerpunktgruppenabenden, auf zusätzlichen abendlichen Bildungsterminen, auf einem Bildungsseminar. Die Durchführung sollte jeweils folgender Reihenfolge folgen: Texte lesen, Verständnisfragen klären, Werkzeug- und Arbeitsfragen bearbeiten, ggf. auf weitere Fragen und Diskussionsbedürfnisse eingehen.

Für die Diskussion der Werkzeug- und Diskussionsfragen erhaltet ihr hier ein paar Antwortvorschläge, die ihr als Bildungsverantwortliche zur Vorbereitung nutzen könnt. Darüber hinaus könnt ihr euch natürlich Hilfe bei Referenten oder bei der Bildungs-AG suchen. Außerdem empfiehlt es sich immer, ein kleines politisches Wörterbuch zum Nachschlagen dabei zu haben...

Rote Grüße und viel Spaß bei der Durchführung,  
Eure Bildungs-AG

# Generalangriff auf die Jugend

## Deutsche Verhältnisse

Deutschland ist ein Niedriglohnland – klingt komisch, ist aber so. Im Vergleich zu den afrikanischen, südamerikanischen und den meisten asiatischen Ländern sind die Löhne in Deutschland zwar relativ hoch. Die Lohnstückkosten (also das Verhältnis von Lohnkosten zum geschaffenen Wert) sind hier im Vergleich zu anderen Industrieländern allerdings sehr gering - das gilt insbesondere für die deutsche Großindustrie. Diese geringen Lohnstückkosten bedeuten, dass deutsche Produkte trotz guter Qualität sehr billig hergestellt werden können. Das ist der Motor der „deutschen Exportwalze“. Das deutsche Erfolgsmodell (aus Sicht des Kapitals) lautet: Kombination der Vorzüge eines Niedriglohnlandes mit denen einer entwickelten Industrienation. Durch die **Agenda 2010** wurde es möglich, die traditionell starke deutsche Arbeiterbewegung in bisher ungekanntem Maße unter Druck zu setzen und so das Niedriglohnland zu schaffen, in dem wir heute leben.

*Deutschland verfügt über eines der am strengsten durchorganisierten Bildungssysteme der Welt.* Bereits in der Grundschule werden SchülerInnen in mehr und weniger leistungsstark selektiert und durch Notengebung daran gewöhnt, dass Leistung alles ist. In kürzester Zeit werden Jugendliche über 2-jährige Ausbildungen so schnell wie möglich „fit für den Arbeitsmarkt gemacht“ oder auf dem schnellsten Weg vom Abitur über den Bachelor-Abschluss auf den Arbeitsmarkt geworfen. Die Entwicklung hin zu **Schmalpurausbildungen** und die **Bologna-Reformen** unterwarfen die Bildung noch stärker als zuvor dem Interesse der Unternehmen an der schnellstmöglichen Produktion von wirtschaftlich verwertbaren Arbeitskräften.

Deutschland hat die **Schuldenbremse**. Ein durchfinanziertes Bildungssystem, kostenlose öffentliche Freizeitangebote und eine öffentliche Gesundheitsversorgung verursachen Kosten – viel zu hohe Kosten, wenn



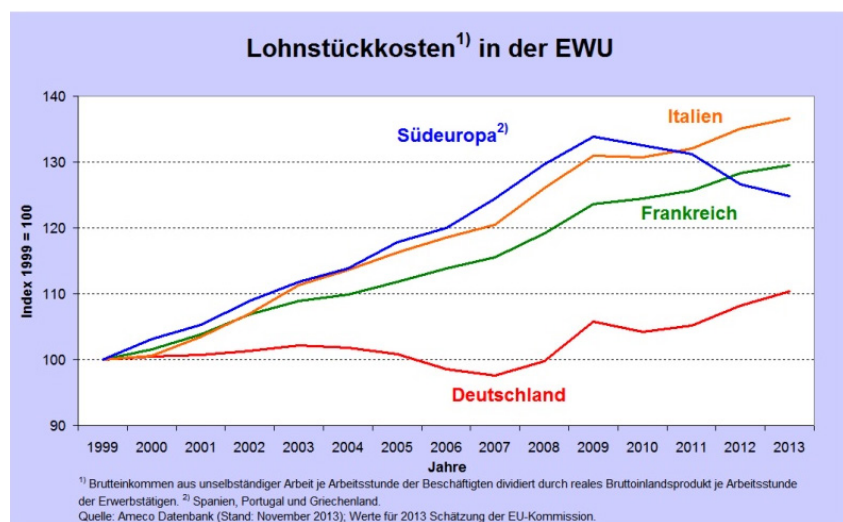
es nach dem deutschen Kapital und seinen VertreterInnen in der Politik geht. „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“ wurde während der Wirtschaftskrise 2007/08 zu einer Lieblingsweisheit von VertreterInnen aus Wirtschaft, Politik und Wirtschaftswissenschaft. Während Geld ohne Ende für Bankenrettung und Wirtschaftssubventionen zur Verfügung stand, wurden Senkungen der öffentlichen Ausgaben als unvermeidlich dargestellt und 2009 die sogenannte Schuldenbremse eingeführt. Diese begrenzt die erlaubte Aufnahme neuer Schulden für den Bundeshaushalt stark und verbietet sie für die Bundesländer sogar ganz. Dadurch steht für den Zuständigkeitsbereich der Länder chronisch zu wenig Geld zur Verfügung. Zu den Resultaten des Sparzwangs gehören die Schließung öffentlicher Freizeitangebote, verfallende Schulen und Krankenhäuser und die massive Zunahme von sogenannten „Öffentlich-Privaten-Partnerschaften“.

Diese Zustände sind kein Zufall (siehe auch Text 2): Seit Ende der 1990er Jahre arbeitete die deutsche Politik mit Hochdruck daran, das Land „auf Vordermann zu bringen“. Übersetzt heißt das, es begann ein nahezu beispielloser Sozialabbau, Abbau von ArbeiterInnenrechten und der Aufbau eines auf Selektion und Leistungsdruck basierenden Bildungssystems. Diese Entwicklungen betrafen die gesamte Arbeiterklasse und weitere Schichten über die Arbeiterklasse hinaus. Die Jugend bekommt sie allerdings mit besonderer Härte zu spüren. Die Zustände an (Berufs-)Schulen und Unis treffen z.B. eben eher junge Menschen, der Wegfall von Freizeitmöglichkeiten ist für Kinder und Jugendliche besonders bitter und der Abbau von Arbeitsrechten wirkt sich stärker auf diejenigen aus, die Arbeitsverträge nach der neuen Rechtslage unterschreiben müssen.

# Arbeiterklasse unter Druck - die Agenda 2010

Bei „Agenda 2010“ denkt man zuerst an „Hartz IV“, also an die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Der Begriff beschreibt eigentlich ein umfangreiches Gesetzespaket, das 2003 von der Koalition aus SPD und Grünen beschlossen wurde. Es beinhaltete zahlreiche Verschlechterungen in den Arbeitsrechten und im Sozialversicherungssystem. Die Agenda 2010 ist der wahrscheinlich größte Angriff auf die Rechte Werktätigen in Deutschland in der Nachkriegszeit. Das Ziel war erklärtermaßen, die Position deutscher Unternehmen in der internationalen Konkurrenz zu stärken, indem zum einen die Lohnkosten gedrückt und Arbeitsrechte abgebaut und zum anderen durch den Abbau von Sozialleistungen die Angst vor Arbeitslosigkeit geschürt wurde. Aus Sicht der Herrschenden ist die Agenda 2010 eine Erfolgsgeschichte – seit Anfang der 2000er Jahre gelang in

vom Alter für 12-32 Monate lang Arbeitslosengeld in Höhe von 60% (bzw. 67% für Familien mit Kindern) des letzten Verdiensts und anschließend Arbeitslosenhilfe in Höhe von 50% (bzw. 57%) auf unbegrenzte Zeit. Durch Hartz-IV wurde die Arbeitslosenhilfe komplett gestrichen. Wer länger als 12 Monate arbeitslos ist, rutscht nun in das umgangssprachlich Hartz-4 genannte Arbeitslosengeld 2 (ALG 2), das genauso hoch wie die Grundsicherung (2018: 416€ (A) pro Monat für den Lebensunterhalt (für unter-25-jährige)) ist. Damit wird ein enormer Druck aufgebaut, so schnell wie möglich wieder Arbeit zu finden, um nicht am absoluten Existenzminimum leben zu müssen. Als wäre das nicht genug, wurden die Regelungen für „zumutbare Arbeit“ stark ausgeweitet. Wer ALG 2 bezieht, muss jede „zumutbare“ Arbeit annehmen, um einer Kürzung der Leistungen zu entgehen. Als



Deutschland ein beispielloses Drücken der Lohnstückkosten (siehe Abbildung 1).

Die Agenda-Reformen wurden maßgeblich durch die Bertelsmann-Stiftung beeinflusst, deren „wirtschaftspolitischer Forderungskatalog für die ersten hundert Tage der Regierung“ die Grundlage für die verabschiedeten Gesetze bildete. Es ist nicht möglich, hier alle Maßnahmen und ihre Auswirkungen darzustellen, wir beschränken uns daher auf ein paar Beispiele:

Die sogenannte Hartz-Kommission war eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des ehemaligen VW-Vorstands Peter Hartz, die mehrere Gesetzesentwürfe („Hartz I-IV“) „erarbeitete“, d.h. von der Bertelsmann-Stiftung übernahm. Das berüchtigtste dieser Gesetze ist sicherlich Hartz-IV. Dieses regelte die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe. Vorher gab es im Fall von Arbeitslosigkeit in Abhängigkeit

zumutbar gilt seit den Agenda-Reformen allerdings jede nicht-sittenwidrige Arbeit. Faktisch bedeutet das, dass Arbeitslose jeden noch so beschissenen Job annehmen müssen, da ansonsten das ALG 2 gekürzt und sogar ganz gestrichen werden kann. Das gilt besonders stark für Jugendliche: Unter-25-jährigen wird bereits nach einem „Versäumnis“ (also z.B. wenn ein Termin im Jobcenter vergessen wird) bis zu 25% ihres Geldes gestrichen.

Doch auch die restlichen Hartz-Gesetze hatten es in sich: Hartz I erleichterte z.B. „neue Formen der Arbeit“. Was erstmal sehr modern und fortschrittlich klingt, bedeutete die flächendeckende Einführung von Leiharbeit und Werkverträgen und die Ermöglichung von sachgrundlos befristeten Arbeitsverträgen. Durch die Änderungen im „Arbeitnehmerüberlassungsgesetz“ wurde es erstmals möglich, dass Unternehmen einen Teil ihres

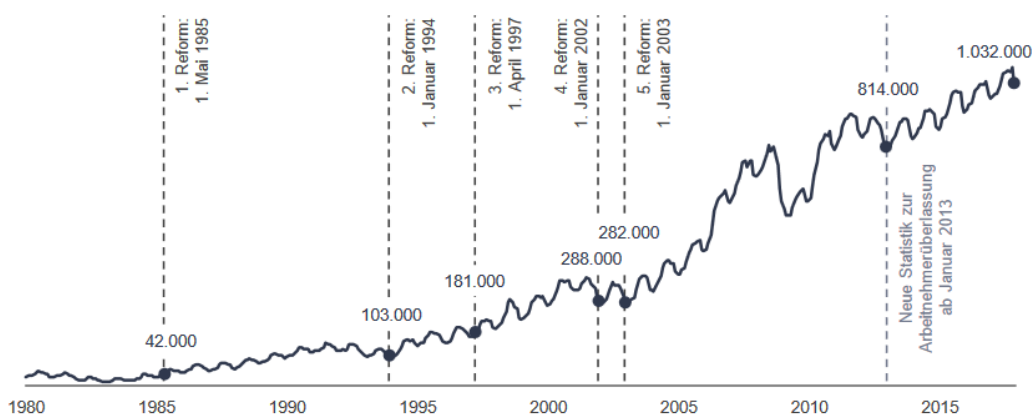
Bedarfs nach Arbeitskraft permanent durch LeiharbeiterInnen abdecken. In Abbildung 2 ist gut erkennbar, wie Leiharbeit nach der Gesetzesreform von 2003 sprunghaft zunimmt – und der Trend zeigt weiter nach oben.

Ein unbefristeter Arbeitsvertrag in Vollzeit ist für viele Menschen heute fast unvorstellbar. Auch das war nicht immer so. Erst durch die Agenda-Reformen konnten Unternehmen neue Arbeitsverträge ohne Angabe von Gründen befristen. Das trifft natürlich vor allem junge Menschen (siehe Abbildung 3), die neu auf den Arbeitsmarkt kommen. So wurde das Geschäftsmodell geboren, mit dem z.B. Call-center es heute schaffen, ihre Beschäftigten durch permanente Entlassungen und befristete Neueinstellungen unter ständigen Druck zu setzen.

Die Agenda 2010 umfasste noch viele weitere Schweinereien, die hier nur stichwortartig genannt werden können: Von einer Zusammenstreichung der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung, über die Einfüh-

rung von „Maßnahmen“ zur Schönung der Arbeitslosenstatistik und die Lockerung des Kündigungsschutzes bis hin zur Erhöhung des Arbeitnehmeranteils an den Sozialversicherungsbeiträgen – die Agenda stellt einen vorübergehenden Höhepunkt des Generalangriffs des Kapitals auf unsere Rechte dar.

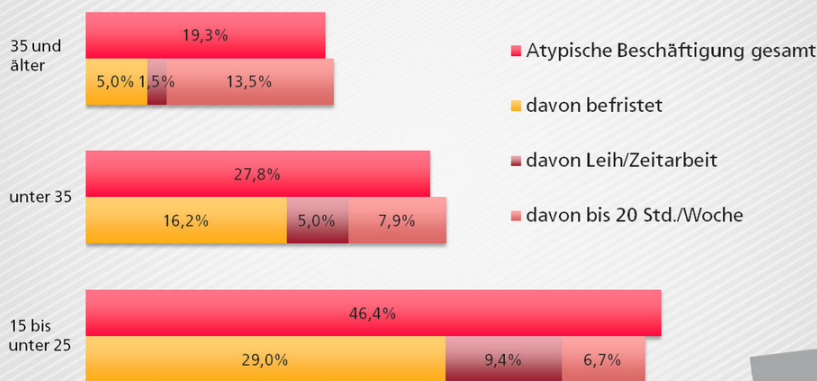
**Entwicklung der Anzahl von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern**  
Bestand, Reformen der Arbeitnehmerüberlassung, Januar 1980 - Dezember 2017



Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 2

**Jüngere besonders häufig atypisch beschäftigt**  
Anteile atypischer Beschäftigung nach Altersgruppen



ver.di INFO GRAFIK [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) | Quelle: DGB-Index Gute Arbeit für junge Beschäftigte



Abbildung 3

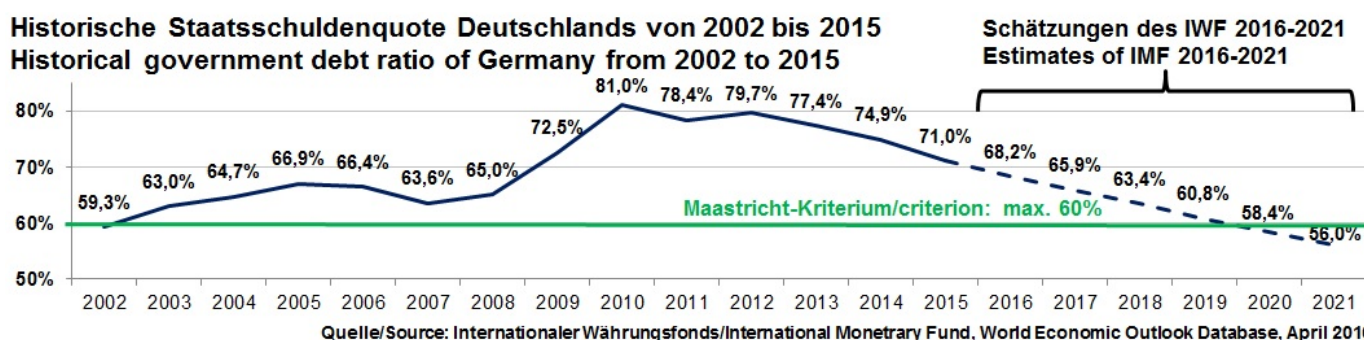


# Abwälzung der Krisenkosten – die Schuldenbremse von 2009

1  
2  
3  
4  
5  
6 Steuerentlastungen für Unternehmen und Reiche führten über einen langen Zeitraum zu langsamer steigenden Staatseinnahmen im Verhältnis zu den Ausgaben. Vor allem in der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007/08 nahm der deutsche Staat den Banken und Konzernen zusätzlich Krisenkosten in riesigem Ausmaß ab. Die „Bankenrettung“ und die „Konjunkturpakete“ zur Krisenbewältigung kosteten Milliarden. Dies verursachte einen enormen Anstieg der Staatsverschuldung. Anstatt sich das Geld bei den Superreichen, die die Krise mitverursachten und deren Unternehmen gerettet wurden, wiederzuholen, wurde kurzerhand per Grundgesetzänderung ein Sparzwang für Bund und Länder eingeführt, die sogenannte Schuldenbremse. Der Öffentlichkeit wurde die Schuldenbremse als alternativlos präsentiert. „Die Deutschen“ würden „über ihre Verhältnisse leben“ und deswegen müsse jetzt gespart werden. Es wurde ganz einfach so getan, als seien die hohen Ausgaben für die öffentliche Daseinsfürsorge (also Bildung, Gesundheitsversorgung, Freizeitangebote, Infrastruktur) die Gründe für eine steigende Staatsverschuldung. Die wirklichen Gründe sind aber woanders zu suchen: Bereits seit den 90er Jahren sollte Deutschland durch Steuergeschenke zu einem attraktiveren Standort für Unternehmen werden. Das beinhaltete z.B. Unternehmenssteuersenkungen und mehr Möglichkeiten zur Abschreibung, um die tatsächlich erzielten Gewinne eines Unternehmens verstecken zu können und somit auch keine Steuern darauf zahlen zu müssen. Zu dieser langsamen Aushöhlung der Staatseinnahmen kamen die unmittelbaren Kosten für die Bankenrettung (das statistische Bundesamt beziffert sie auf rund 50 Mrd. €) sowie die Konjunkturpakete I und II (ca. 50 und ca. 70 Mrd. €). Es folgte das

Wachstumsbeschleunigungsgesetz, besser bekannt als „Mövenpickgesetz“, das weitere steuerliche Entlastungen für Unternehmen in Höhe von jährlich rund 4,5 Mrd. € bedeutete. In Abbildung 4 sind der Anstieg der Staatsschulden in den Krisenjahren und der Effekt der Schuldenbremse (ca. ab 2010) deutlich zu erkennen.

Da die Vermögen der Reichen und die Gewinne ihrer Unternehmen nicht angetastet werden, müssen die Staatsschulden auf anderen Wegen reduziert werden. Allein in den deutschen Kommunen besteht nach Schätzung der KfW ein Investitionsbedarf von 158 Mrd. € davon rund 48 Mrd. € an Schulen. Das Ergebnis erleben wir jeden Tag in (Berufs-) Schulen, in denen uns buchstäblich die Decke auf den Kopf fällt. Die Schuldenbremse wirkt sich durch fehlende Investitionen in Schulen, Krankenhäuser und Infrastruktur unmittelbar negativ auf unsere Lebensbedingungen aus. Ein weiterer Effekt der Schuldenbremse ist die Zunahme von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP). Da Länder und Kommunen verzweifelt nach Möglichkeiten suchen, die Grundversorgung sicherzustellen, sind sie zunehmend auf private Gelder angewiesen. ÖPP sind Projekte, die gemeinsam von öffentlicher Hand und privaten Unternehmen finanziert und durchgeführt werden. Das geschieht zum Beispiel beim Bau von Schulgebäuden, beim Bau und Betrieb von Straßen oder beim Bau von Krankenhäusern. Den Unternehmen geht es dabei natürlich nicht darum, eine gute öffentliche Daseinsfürsorge sicherzustellen, sondern um Gewinnmaximierung. Viele Länder und Kommunen sehen sich wegen der Schuldenbremse dazu gezwungen, ÖPP einzugehen, obwohl diese sie auf lange Sicht teuer zu stehen kommen. Ein Beispiel: Ein Unternehmen baut und betreibt ein



1 Schulgebäude, das dann von der öffentlichen  
2 Hand für viele Jahre gemietet werden muss.  
3 Die Kosten für den Bau des Gebäudes trägt  
4 dann zwar erst mal das Unternehmen, durch  
5 die Miete kann es aber für Jahrzehnte auf  
6 Kosten des Landes Gewinne einfahren. Durch  
7 gemeinsame Seminare gewinnen Unterneh-  
8 men auch direkten ideologischen Einfluss auf  
9 Lehrinhalte.



10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

## **Schmalspurausbildung und Beschäftigungsfähigkeit - Der Umbau des Bildungssystems**

Mit Umbaumaßnahmen des Bildungssystems und der Erhöhung des Rentenalters wird die Gesamtarbeitszeit weiter ausgebaut. Diese Entwicklung ergänzt die Arbeitsverdichtung und die Ausweitung der Arbeitszeit. Schule, Ausbildung und Universität wird dabei immer stärker an den Interessen der Unternehmen ausgerichtet.

Beispielhaft für diese Entwicklung ist der Bologna-Prozess ab 1999: Mit dem Ziel der „Employability“ (Beschäftigungsfähigkeit) wurden die Hochschulen europaweit angeglichen und reformiert. Seitdem gibt es Bachelor und Master (3-4 Jahre mit anschließend optional 1-2 Jahren) statt Diplom und Magister (4-5 Jahre) und immer mehr Studiengänge neben den ebenfalls umgebauten, „klassischen“ Studienfächern, die ehemalige Ausbildungsberufe ersetzen. Was der Begriff „Employability“ bereits andeutet, wird dabei umgesetzt: Statt nach 4-5 Jahren sind Uni-Abschlüsse nun schon nach drei Jahren und wesentlich häufiger in der „Regelzeit“ erreichbar, die Studierenden kommen früher auf den Arbeitsmarkt. Statt umfassenderer Bildung werden die Inhalte stärker auf die Interessen der Unternehmen ausgerichtet und gekürzt. Dafür wurden etliche neue Studiengänge eingerichtet, die Ausbildungsberufe ersetzen. Damit werden die Ausbildungskosten, die bisher von den Unternehmen getragen wurden, auf die Studierenden abgewälzt – mehr als zwei Drittel der Studierenden brauchen einen Nebenjob, um ihr Studium zu finanzieren, viele Studierende sind am Ende ihres Studiums verschuldet. Die Richtung für die

Bologna-Reform wurde bereits Jahre vorher durch das CHE (Centrum für Hochschulentwicklung) vorgegeben, die die Wirtschaftlichkeit zum Bewertungskriterium für Hochschulen macht.

Ähnliche Entwicklungen zeigen sich im Bereich der Ausbildungen: Jede zwölfte Ausbildung dauert nur zwei Jahre statt der üblichen mindestens drei Jahre. Die Auszubildenden sind danach häufig an ganz bestimmte Unternehmen oder Bereiche gebunden oder die Ausbildung ist überhaupt nicht brauchbar. Zusätzlich gibt es seit dem Ende der 1980er neben den dualen Ausbildungen immer mehr rein schulische Ausbildungen, die mittlerweile 30% der Ausbildungen ausmachen. Der Vorteil für die Unternehmen: Im Fall von schulischen Ausbildungen fällt im Regelfall die Ausbildungsvergütung weg – an privaten Schulen müssen die Auszubildenden ihre Ausbildung häufig selbst zahlen.

Doch die Streichung von allem „Unwirtschaftlichen“ aus den Lehrplänen, die Verkürzung der Ausbildungszeit beginnt schon



früher: Mit der bundesweiten Einführung von G8, also der zwölfjährigen Schulzeit bis zum Abitur (gab es zuvor bereits in Thüringen & Sachsen), sollte auch die Schulzeit verkürzt werden. Diese Entwicklung wurde zwar zum Teil rückgängig gemacht, bspw. in Baden-Württemberg gibt es noch immer an über 90% der Schulen G9. Mit dem Zentralabitur, das ab 2005 eingeführt wurde, sollen wir zusätzlich bundesweit vergleichbarer für die Unternehmen gemacht werden. Die Zusammenlegung von Real- und Hauptschulen verschärft die Selektion und der Leistungsdruck an den Schulen steigt rapide an, für Schülerinnen bleibt immer weniger Freizeit. Durch die Unterfinanzierung – auch eine Folge der Schuldenbremse – sind viele Schulen zu immer stärkeren Kooperationen mit Unternehmen gezwungen, nutzen immer mehr ihrer kostenlose Schulmaterialien. Die Forderung

etlicher Unternehmen nach einem Schulfach Wirtschaft wurden bereits vor Jahren partiell umgesetzt: In Niedersachsen wird es seit 2011 an Realschulen unterrichtet und auch an den Gymnasien in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen gibt es das Fach seit Jahren. Dort soll vor allem Markteffizienz vermittelt werden, der gesamtgesellschaftliche Zusammenhang wird nicht mehr beleuchtet.

All das zeigt: Das Kapital befindet sich in der Offensive und greift unsere Rechte und Errungenschaften in allen Bereichen an. Die Angriffe seit Ende der 1990er, zu denen die Agenda 2010, die Einführung der Schuldenbremsen und der Umbau des gesamten Bildungssystems gehören, gehören wahrscheinlich zu den größten in der Nachkriegszeit.

### Werkzeugkontrolle

1. Fasst die Angriffe in den verschiedenen Bereichen zusammen. Inwiefern sind sie im Interesse des Kapitals?
2. Warum ist die Jugend besonders von den Auswirkungen der Schuldenbremse, des Umbaus des Bildungssystems und der Agenda 2010 betroffen? Inwiefern kann man von einem Generalangriff sprechen?

### Arbeitsfragen:

1. Welche Verschlechterungen hat die Arbeiterklasse individuell und insgesamt durch die Angriffe, insbesondere durch die Agenda 2010, über die direkten, ökonomischen Folgen hinaus erlebt?
2. Diskutiert folgende Aussage: „Mit der Agenda 2010 müsste die deutsche Arbeiterklasse den Gürtel zwar enger schnallen, dafür spüren wir die positiven Auswirkungen: Wir konnten die Krisenlasten besser abschwächen und haben schon jetzt wieder ein viel stärkeres Wirtschaftswachstum als andere Länder. Somit hatte die Agenda auch Vorteile für uns.“
3. Zentralabitur ermöglicht Vergleichbarkeit, die Bologna-Reform ermöglicht

- uns leichtere Auslandssemester und brachte uns etliche neue Studiengänge und die Zusammenlegung von Hauptschule und Realschule könnte ein Schritt Richtung einer Schule für Alle sein. Sind sie also nur ablehnenswert?
4. Wie kann gegen die Schuldenbremse an Schule und Betrieb argumentiert werden, mit welchen Argumenten könnt ihr eure MitschülerInnen und KollegInnen für euch gewinnen?

### Zusatzmaterial/Tipps zum Weiterlesen

- NDR-Doku „der geplünderte Staat“
- GEW-Broschüre „Bologna zwischen Anspruch und Wirklichkeit“
- Gerd Deumlich „Die Sache mit der Agenda 2010“, MB, <http://www.dkp-online.de/uz/4519/so402.htm>
- GEW Privatisierungsreporte
- Heart's Fear: Hartz IV – Geschichten von Armut und Ausgrenzung, Bettina Kenter-Götte, Taschenbuch



## Die Bertelsmann-Stiftung (BMS) und die Agenda 2010

„Eigentum verpflichtet“ unter dieser Leitidee gründete Reinhart Mohn 1977 die Stiftung, die nicht ganz zufällig den gleichen Namen wie der milliardenschwere Bertelsmann Konzern trägt. So lassen sich nicht nur eine Menge Steuern sparen, immerhin gehören der Stiftung fast 75% des Konzerns. Eine Stiftung kann auch vermeintlich wissenschaftliche Studien veröffentlichen um die Interessen des dahinterstehenden Konzerns für die Politik schmackhaft zu machen und die nötigen Reformen anzustoßen. Ein herausragendes Beispiel für diese „Gemeinnützigkeit“ ist der Anstoß und die Mitgestaltung der Hartz-IV Gesetzgebungen im Rahmen der Agenda 2010 durch die BMS.

Bereits ab dem Jahr 1998 führte die BMS Studien zum Thema Arbeitsmarktpolitik durch und sah Bedarf zu Reformen in der Bundesrepublik. Vor allem sollte der Niedriglohnsektor

ausgebaut, die Arbeitslosenhilfe gestrichen und Arbeitslose in dezentralen Agenturen „gesammelt“ werden. Es sollten also sozialstaatliche Errungenschaften der Arbeiterbewegung wieder zerschlagen werden.

Ergebnisse der Studien wurden später in der von der Bundesregierung beauftragten, sogenannten Hartz-Kommission, in der unter anderem auch hohe Gewerkschaftsmitglieder aus ver.di und IGM saßen, als „sachverständige“ Hinweise verwertet. Und auch wenn die BMS selbst keinen Sitz in dieser Kommission hatte, so beschreibt Peter Hartz, Vorsitzender der Kommission, den Beitrag der BMS dennoch als maßgeblich für den Erfolg. Die BMS gab nicht nur den inhaltlichen Anstoß für die resultierenden Gesetze – der Kommission wurde so wenig Zeit gelassen, dass sie gar nicht anders konnte als sich auf die Studien der BMS zu stützen –

sondern finanzierte die Kommission auch maßgeblich.

Den letzten Stoß vor der Umsetzung durch die Schröder-Regierung (SPD/Grüne) verlieh die BMS den Hartz-Gesetzen mit der Veröffentlichung eines Positionspapiers im Juni 2002, welches die Studien und Reformvorschläge der Vorjahre zusammenfasst. Übrigens: Die BMS bedankt sich in dieser Publikation für die Beratungsfunktion bei „unabhängigen Sachverständigen“, wie beispielsweise bei Martin Kannegießer, Vorsitzender des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall.

Das war nur ein kurzer Ausschnitt aus der Mitarbeit der BMS zur Agenda 2010. Und dennoch ist schon abzusehen, dass eine derartige Umsetzung der Agenda nicht ohne die BMS möglich gewesen wäre. Und dieses Beispiel ist kein Einzelfall; so lässt sich gut ablesen, wie die Konzern-Bosse mithilfe von Lobbyismus in die Politik eingreifen und ihre arbeiterfeindliche Spaltungsideologie durchsetzen – zu den zahlreichen weiteren Beispielen gehört unter anderem die Bologna-Reform, in der das Centrum für



[https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/8/85/Bertelsmann\\_Stiftung\\_Logo\\_1990er.png](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/8/85/Bertelsmann_Stiftung_Logo_1990er.png)

# 1 **Alles Zufall ?**

## 2 **Text 2**

3  
4  
5 Dass die arbeitende Bevölkerung mehr und  
6 mehr soziale Rechte und Sicherheiten ver-  
7 liert, ist ein Fakt, der kaum zu leugnen ist.  
8 Unterschiede bestehen in der Bewertung:  
9 Konservative und Wirtschaftsliberale ju-  
10 beln über die Rücknahme unbilliger „Be-  
11 sitzstände“, preisen den Gewinn an wirt-  
12 schaftlicher „Freiheit“. Sozialdemokraten verweisen  
13 mit dem Ausdruck des Bedauerns auf „Sachzwänge“,  
14 die nicht ignoriert werden könnten. Linke Politiker  
15 und Ökonomen lehnen die Politik des sozialen Kahl-  
16 schlags ab, betrachten sie als schweren Fehler, der die  
17 ökonomische, soziale und politische Stabilität westli-  
18 cher Gesellschaften untergräbt.

19 Letztere Ansicht bleibt hilflos, wenn sie antisoziale

## 20 **Staat & Klassenkampf**

21  
22  
23  
24 Liberale Ideologen betrachten den Staat als neut-  
25 rales Instrument, das der Durchsetzung des Allge-  
26 meinwohls des Staatsvolkes dient. In Artikel 20 des  
27 Grundgesetzes stehen schöne Sätze: „Die Bundesre-  
28 publik Deutschland ist ein demokratischer und so-  
29 zialer Bundesstaat.“ sowie: „Alle Staatsgewalt geht  
30 vom Volke aus. Sie wird vom Volke (...) ausgeübt.“

31 Marxistinnen und Marxisten betrachten solche Aus-  
32 sagen mit einer gehörigen Portion Skepsis. Der Staat  
33 gilt ihnen nicht als Verkörperung des allgemeinen  
34 Willens. Er ist wesentlich Klassenstaat. D.h. er dient  
35 der Aufrechterhaltung der Herrschaft des Kapitals  
36 über die Arbeiterklasse, er ist das „Instrument“ der  
37 herrschenden Klasse. Doch wie sieht diese Herrschaft  
38 aus? Und was ist mit „Instrument der herrschenden  
39 Klasse“ gemeint? Friedrich Engels schrieb:

40 „Der moderne Staat ist [...] nur die Organisation,  
41 welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die  
42 allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalisti-  
43 schen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen  
44 Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Ka-  
45 pitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form,  
46 ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat  
47 der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist.“ (MEW  
48 20/260)

49 Engels' – von Marx übernommene – Formulierung  
50 „ideeller Gesamtkapitalist“ verweist darauf, dass  
51 der moderne Staat zwar die Interessen der Kapi-  
52 talistenklasse vertritt, aber dass moderne bürgerli-  
53 che Staaten in aller Regel nicht direkt von einzelnen  
54 Kapitalen kontrolliert werden. Der Staat muss die  
55 Interessen der herrschenden Klasse in ihrer Gesamt-  
56 heit wahren. Dies kann er nur, solange er gegenüber  
57 einzelnen Kapitalisten eine relative Eigenständigkeit  
58 bewahrt. Dabei sichert er die Bedingungen der ka-

Maßnahmen als Produkt von individueller Böswillig-  
keit, Gier und Korruption oder gar Zufall betrachtet.  
Als Erklärung eines sich in allen westlichen Staaten  
seit Jahrzehnten ungebrochen vollziehenden Prozes-  
ses greifen diese Betrachtungsweisen zu kurz – sie  
leugnen die Beziehungen zwischen den Politikern  
und den Profiteuren der Kürzungen, oder präziser,  
zwischen den Kapitalisten und ihrem Staat.



29 pitalistischen Produktionsweise, wie beispielsweise  
das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln  
Dieses Gesamtinteresse des Kapitals kann den Inter-  
essen einzelner Kapitalisten bzw. Kapitalfraktionen,  
also Gruppen von Kapitalen mit ähnlichem spezifi-  
schen Interesse, zuwiderlaufen. Zudem steht nicht  
von vornherein fest, was dieses Gesamtinteresse ist  
bzw. wer es definiert. Vergleichsweise wenig, wie alle  
Staatsbürger gleichen Einfluss auf das Handeln der  
Staatsorgane haben, haben es die Angehörigen der  
herrschenden Klasse. Verschiedene Kapitale bzw. Ka-  
pitalfraktionen verfügen unterschiedlich wirksame  
Mittel und Möglichkeiten der Einflussnahme. Ver-  
allgemeinernd lässt sich sagen, dass Monopole über  
überproportional große Machtmittel verfügen.

Die Macht der Monopole besteht aus dem Interesse  
des Staates die Kapitalverwertungsbedingungen für  
die eigenen Monopole möglichst profitabel zu ge-  
stalten. Es findet ein reger Austausch zwischen den  
Chefetagen und (amtierenden) Politikern statt – so-  
wohl personell als auch inhaltlich: Politiker überneh-  
men Positionen in Aufsichtsräten, in den Ausschüs-  
sen des Bundestages sitzen Vertreter der Wirtschaft  
(vgl. Kasten zur Agenda 2010), o.ä. So gibt es eine di-  
rekte Einflussnahme der Monopole auf die Politik, es  
gibt aber auch eine indirekte Einflussnahme durch  
die Abhängigkeit des Staates vom Funktionieren der  
Wirtschaft (also der Monopole). Dieses Stadium des  
Kapitalismus wird staatsmonopolistischer Kapitalis-  
mus genannt.

Zentrales Mittel von Klassenherrschaft zu sein ist  
also keine Entwicklung des Staates die über die Jahre  
vollzogen wird, sondern gerade sein Wesen. Die dau-  
erhafte Herrschaft einer relativ kleinen Gruppe von  
Menschen über die große Mehrheit wäre nicht mög-

1 lich, würde sich die herrschende Gruppierung  
 2 nicht Institutionen schaffen, die ihr Interesse  
 3 gegen das Mehrheitsinteresse durchsetzen.  
 4 Dies kann einvernehmlich geschehen, wenn  
 5 es den Herrschenden gelingt, ihre spezifi-  
 6 schen Interessen als Interessen der gesam-  
 7 ten Gesellschaft auszugeben. Immer basiert  
 8 staatliche Macht aber auf Gewaltausübung,  
 9 die jedoch nicht unmittelbar wahrnehmbar  
 10 oder physischer Natur sein muss. Die Andro-  
 11 hung oder Ausübung von materieller Ge-  
 12 walt ist selbst in bürgerlich demokratischen  
 13 Staatswesen präsent. In Zeiten der Krise oder  
 14 gar der Infragestellung der herrschenden  
 15 Ordnung verschärft sie sich, was an einer Mi-  
 16 litarisierung der Gesellschaft gemessen wer-  
 17 den kann. Beispiele dafür lassen sich etliche  
 18 in der Geschichte finden. Aber auch heute ist  
 19 dieser Prozess durch einen Ausbau des Über-  
 20 wachungsapparats, Kriminalisierung von  
 21 Protest, Zusammenlegung von Polizei und  
 22 Geheimdiensten oder gar durch die Legiti-  
 23 mation von Bundeswehr-Einsätzen gegen die  
 24 eigene Bevölkerung (also zur Zerschlagung  
 25 von Protesten und Streiks) zu spüren. Solche  
 26 Maßnahmen werden auch präventiv, d.h. zu  
 27 Zeiten relativ stabilen Profits, durchgesetzt.  
 28 Ein Beispiel aus der aktuellen Diskussion sind  
 29 die neuen Polizeigesetze (2018), die dem Staat  
 30 auch zu Zeiten der Krise, d.h. des stagnieren-  
 31 den und fallenden Profits, Repression ermög-  
 32 lichen um Maßnahmen zur Sicherung des  
 33 Profits durchzusetzen.

34 Der Staat steht also nicht unparteiisch über  
 35 den verschiedenen gesellschaftlichen Grup-  
 36 pen, wägt ihre Interessen nicht fair gegenei-  
 37 nander ab. Seine Funktion ist es, die Belange  
 38 der herrschenden Klasse gegen die Arbeiter-  
 39

klasse durchzusetzen. Auf die soziale Frage  
 bezogen bedeutet dies beispielsweise, dass  
 der bürgerliche Staat privates Eigentum  
 schützt und dessen Mehrung fördert, Steu-  
 ergeschenke an Spitzenverdiener verteilt,  
 Subventionen an Großunternehmen ge-  
 währt, mit öffentlichen Geldern zweifelhafte  
 aber profitable Großprojekte umsetzt (bspw.  
 Stuttgart 21, Hamburger Elbphilharmonie),  
 Konsequenzen aus Wirtschaftskrisen und  
 Misswirtschaft abfedert<sup>1</sup> und im Falle ver-  
 schärfter Klassenkämpfe aktiv Partei für das  
 Kapital ergreift, bspw. durch die Zerschlagung  
 von Streiks wie im Verlauf der Krise von 2007  
 in verschiedenen europäischen Staaten ge-  
 schehen. Der Masse der Bevölkerung tritt der  
 Staat hingegen zumeist als abgehobene, die  
 eigenen Interessen missachtende, fordernde,  
 bestuernde, drohende, strafende Macht ge-  
 genüber.

<sup>1</sup> Die sogenannte Bankenrettung nach der Krise  
 2007 kostete den deutschen Staat bis 2015 ins-  
 gesamt 236 Milliarden Euro ([https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/BBK/2015/2015\\_04\\_01\\_schuldenstand.html?startpageId=Startseite-DE&startpageAreaId=Teaserbereich&startpageLinkName=2015\\_04\\_01\\_schuldenstand+333796](https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/BBK/2015/2015_04_01_schuldenstand.html?startpageId=Startseite-DE&startpageAreaId=Teaserbereich&startpageLinkName=2015_04_01_schuldenstand+333796)).



## 40 **Der Übergang von Nachkriegsauf-** 41 **schwung zur strukturellen Krise**

44 Mit der Aufschwungphase nach der mas-  
 45 senhaften Kapitalvernichtung durch den  
 46 zweiten Weltkrieg, die Auswirkungen des  
 47 Korea-Kriegs ab 1950 und dem damit einher-  
 48 gehenden Wirtschaftswachstum gab es einen  
 49 großen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräf-  
 50 ten. Das führte nicht nur zur Verbesserung  
 51 der individuellen Verhandlungspositionen  
 52 der Lohnabhängigen, sondern auch zu ge-  
 53 stärkten Kampfpositionen der Gewerkschaf-  
 54 ten. Diese Kombination wiederum führte zu  
 55 einem bis zu diesem Zeitpunkt unbekann-  
 56 ten Lebensstandard für die arbeitende Be-  
 57 völkerung. Der Nachkriegsaufschwung hielt  
 58 jedoch nicht lange an und ging in die Phase

chronisch schwacher Wachstumsraten und  
 latenter Stagnation über. Strukturelle Über-  
 akkumulation, also Überakkumulation wel-  
 che nicht über den zyklischen Krisenverlauf  
 im Kapitalismus ausgeglichen werden kann,  
 führt so zu einer schwachen Arbeitsnachfra-  
 ge und entsprechend geschwächter Gewerk-  
 schaften – ganz zu schweigen von den aus-  
 bleibenden Profiten.

Umverteilung von unten nach oben, Lohn-  
 und Sozialdumping, Billiglohnkonkurrenz so-  
 wie grenzenlose Arbeitshetze sind bevorzugte  
 Mittel zur Sicherung der Profite, zur Steige-  
 rung der schwachen Akkumulationsraten, im  
 Kampf um die nur unzureichend wachsenden

1 oder gar schrumpfenden Märkte. Die bürger-  
 2 lichen Staaten agieren in dieser Situation  
 3 den Interessen „ihrer“ Kapitale entsprechend.  
 4 Spätestens mit der Agenda 2010 hat sich die  
 5 deutsche Bourgeoisie im Rattenrennen um  
 6 den schnellstmöglichen Abbau sozialer Er-  
 7 rungenschaften eine Führungsposition ver-  
 8 schafft und konnte somit die Verluste in der  
 9 Krise vorzeitig abfedern, eine andere Maß-  
 10 nahme ist bspw. die Einführung von Schul-  
 11 denbremsen. In Deutschland gelang durch  
 12 die Agenda-Maßnahmen die Kombination  
 13 eines riesigen Niedriglohnssektors, inklusive  
 14 dem dauerhaften Drücken der Löhne auch  
 15 von „Normalverdienern“, mit den Vorteilen  
 16 eines hochentwickelten Industrielandes. Im  
 17 Vergleich zu den meisten europäischen Län-  
 18 dern sind die Reallöhne in Deutschland selbst  
 19 in den gewerkschaftlich gut organisierten  
 20 Branchen kaum gestiegen. Dies stabilisierte  
 21 die ökonomische Stellung des deutschen Ka-  
 22 pitals, ermöglichte die Abwälzung von Kri-  
 23 senfolgen auf die werktätigen Schichten im  
 24 eigenen Land bzw. auf die Bevölkerung ande-  
 25 rer Länder und stärkte die nationale Position  
 26 im innerimperialistischen Konkurrenzkampf.  
 27 Das Ende der Fahnenstange ist damit nicht  
 28 erreicht, der Unterbietungswettbewerb um  
 29 den „wirtschaftsfreundlichsten“, d.h. arbei-

30  
 31  
 32 terfeindlichsten „Standort“ ist endlos. Das se-  
 33 hen wir bspw. an der Rivalität zwischen dem  
 34 französischen und dem deutschen Imperia-  
 35 lismus: Durch die Agenda Maßnahmen kann  
 36 das deutsche Kapital, da es nun weniger Lohn  
 37 zahlen muss, wesentlich größere Profite ma-  
 38 chen als das französische. Damit das französi-  
 39 sche Kapital im Konkurrenzkampf aber nicht  
 40 untergeht musste die französische Regierung  
 41 Agenda-ähnliche Maßnahmen in Frankreich  
 42 umsetzen – trotz massenhafter Proteste.  
 43 Langfristig führt die bessere Stellung des  
 44 französischen Monopolkapitals aber wie-  
 45 der dazu, dass das deutsche Monopolkapital  
 46 neue Kapitaloffensiven anstoßen muss um in  
 47 der innerimperialistischen Konkurrenz mit-  
 48 zuhalten, oder voraus zu gehen. Die innerim-  
 49 perialistische Rivalität kommt nicht zur Ruhe,  
 50 sie droht sich zu einem Wirtschaftskrieg aus-  
 51 zuweiten, der auch zwischen bisher ökonomisch wie  
 52 politisch verbündeten Blöcken ausgefochten  
 53 wird. Klar ist, dass die Abwäl-



32 **Reformen zur Verbesse-**  
 33 **rung der ökonomischen**  
 34 **und politischen Lage**  
 35 **der Arbeiterklasse**  
 36  
 37  
 38

39 Diese Grundkonstellation schließt die Mög-  
 40 lichkeit staatlicher Durchsetzung sozialer  
 41 Mindeststandards nicht aus, sofern diese ent-  
 42 weder  
 43

44  
 45 a) im Interesse des Kapitals selbst liegen – sei  
 46 es das allgemeine Interesse dieser Klasse oder  
 47 nur teilweise das Interesse mächtiger Frakti-  
 48 onen. Absolute Verelendung zu großer Bevöl-  
 49 kerungsteile kann einen reibungslosen Ab-  
 50 lauf des Reproduktionsprozesses behindern,  
 51 die Verfügbarkeit einer ausreichend qualifi-  
 52 zierten Arbeiterschaft einschränken und po-  
 53 litisch destabilisierend wirken. Beispielsweise  
 54 hat die Existenz eines öffentlichen Bildungs-  
 55 und Gesundheitssystems für kapitalistische  
 56 Unternehmen Vorzüge, erspart ihnen Kosten.

57 und/oder

58  
 59 b) von der Arbeiterklasse erkämpft werden.  
 Die Arbeiterklasse ist nicht wehrlos, durch  
 konsequentes Eintreten für ihre Interessen  
 konnte und kann sie ökonomische Verbesse-  
 rungen, oder Verbesserungen ihrer Kampf-  
 position erzwingen. In diesem Fall ist es für  
 die herrschende Klasse in ihrer Gesamtheit  
 sinnvoller, in Einzelpunkten nachzugeben als  
 eine Eskalation der Kämpfe zu riskieren. Ein  
 Beispiel hierfür ist der Kampf um die 35-Stun-  
 den Woche in der Metall- und Druckindustrie.  
 Die 35-Stunden Woche wurde 1990 nach jah-  
 relanger Auseinandersetzung zwischen den  
 Gewerkschaften und Unternehmerverbän-  
 den für Westdeutschland vertraglich festge-  
 halten.

Diese beiden Punkte haben jedoch Kehrsei-  
 ten: Wo einerseits der Block an der Macht kein  
 Interesse an der Aufrechterhaltung bisher  
 gültiger sozialer Mindeststandards hat, ande-



1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59

rerseits die organisierte Macht der arbeitenden Bevölkerung geschwächt ist, greift der Staat soziale Rechte an. Er wird zum zentralen Akteur bei der Durchsetzung sozialer Entrechtung, sobald neue Maßnahmen zur Sicherung des Profits nötig sind. Damit ist auch direkt klar, dass man so nicht hin zu einer befreiten, sozialistischen Gesellschaft kommen kann. Das bedeutet, dass für eine langfristige Durchsetzung der Rechte der Arbeiterklasse auch immer für den Sozialismus gekämpft werden muss.

Der teilweise Fortschritt durch eine Reform in Sinne der Arbeiterklasse muss durch seinen oben beschriebenen Charakter von zwei Seiten betrachtet werden. Beispielhaft wird hier die Einführung des Mindestlohns diskutiert: Ein gesetzlich geltender Mindestlohn wurde seit 2005 von den Gewerkschaften in Angriff genommen. Eine besondere Rolle spielten hier die NGG zusammen mit der ver.di. In den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und CDU nach der Bundestagswahl wurde das Thema den Gewerkschaften von der ohnehin gescheiterten SPD entrissen. Die gesellschaftliche Frage wurde so im Keim erstickt und es wurde ein Mindestlohn eingeführt, der nicht mal die Reproduktionskosten für alle ArbeiterInnen abdecken kann, ganz zu schweigen von den etlichen Ausnahmen vom Mindestlohn. Auf der einen Seite haben die Gewerkschaften also lange für einen Mindestlohn gekämpft. Was auf der anderen Seite jedoch von Arbeitgeberverbänden unterstützt und von den Herrschenden genehmigt wurde hat lediglich den Zweck die Diskussion und daraus größeres Protestpotential zu ersticken. Letztgenannte Entwicklung könnte man als eine Reform von oben bezeichnen. Auf den ersten Blick scheinen Rekommunalisierungen, also Verstaatlichung von Privateigentum, welches vorher privatisiert wurde (vgl. Kasten „Privatisierung“), auch solche Reformen von oben zu sein. Bei genauerem Hinsehen fällt jedoch auf: Rekommunalisierungen haben in erster Linie Vorteile für die Kapitalisten. Zuerst wird das Staatseigentum zu lächerlichen Preisen verscherbelt. Wenn sich aber herausstellt, dass sich die Investition für das Monopolkapital nicht langfristig rechnet muss der Staat wieder eingreifen und zu hohen Preisen zurückkaufen. Die Gründe für eine Rekommunalisierung können sehr unterschiedlich sein. Bspw. können die Reproduktionskosten im Zuge der Privatisierung gestiegen sein, wenn die Mieten, Wasser- oder Stromkosten privat eingetrieben werden. Wenn es nicht zu der oben genannten absoluten Verelendung

kommen soll, müssen entweder die Löhne erhöht oder die Kosten verringert werden – in der Regel ist es für die mächtigen Monopolkapitale sinnvoller die Kosten wieder zu senken. Ein weiterer Grund für Rekommunalisierung ist die Handlungsunfähigkeit des privatisierten Kapitals aufgrund von massiver Verschuldung. So passiert es nicht selten, dass vor allem hohe Schulden vergesellschaftet werden, die durch die Kapitalisten verursachte Zeche muss also in erster Linie durch die Arbeiterklasse gezahlt werden.

#### Werkzeugkontrolle

1. Klärt, nötigenfalls mithilfe des „politische Ökonomie“-Abschnitts der Grundlagenschule, unklar gebliebene Begriffe wie beispielsweise Akkumulation, zyklische Krisen...
2. Welchen Zweck hat der bürgerliche Staat? Was verstehen wir unter staatsmonopolistischem Kapitalismus? Wie unterscheidet sich diese Ansicht von der, die wir in Schulunterricht und Medien über den Staat vermittelt bekommen?
3. Was hat die Kapitaloffensive mit innerimperialistischen Rivalitäten zu tun (Beispiel Deutschland/Frankreich)?
4. In welchen Fällen können Verbesserungen für die Arbeiterklasse durchgesetzt werden?

#### Arbeitsfragen:

1. Wie hängt der Charakter des Staates mit der Kapitaloffensive, also den Angriffen auf die Arbeiterklasse, zusammen? Warum war die Position der Gewerkschaften und der Arbeiterklasse lange besser?
2. Diskutiert folgende Aussage: „Der Mindestlohn zeigt doch, dass der Staat auch im Interesse der Arbeiterklasse handelt“.
3. Findet Beispiele dafür, wie die

Monopole Einfluss auf den Staat nehmen – über das Beispiel der Agenda 2010 und der Bertelsmann-Stiftung hinaus.

4. In welchen Fällen können Kapitalfraktionen unterschiedliche Interessen haben?
5. Findet konkrete Beispiele für Reformen von oben und unten. Unter welchen Umständen kann die Arbeiterklasse Reformen, die eine ökonomische oder politische Verbesserung darstellen, erkämpfen?
6. Wenn alle Errungenschaften der Arbeiterklasse mit der Zeit unter Beschuss des Kapitals geraten, wie kann die Arbeiterklasse dann langfristig für ihre Interessen kämpfen?

#### Zusatzmaterial/Tipps zum Weiterlesen

- Grundlagenschulabschnitte „Ökonomie“, „proletarischer Internationalismus“
- Lenin: „Staat und Revolution“
- Marxistische Blätter : 6/2014: Der Staat – Rolle, Funktion, Charakter
- Marxistische Blätter 4/2018: Die soziale Frage
- Bildungszeitung „Reformkämpfe aus revolutionärer Perspektive“



# Stamokap – staatsmonopolistischer Kapitalismus

„Der Staat soll sich aus der Wirtschaft raushalten“ sagen viele. Real funktioniert Kapitalismus schon lange nicht mehr ohne Staatshilfe. Produktion findet in gesellschaftlichen Dimensionen, durch Zusammenwirken vieler Menschen, statt; sie ist zunehmend vergesellschaftet. Massenhafte Erwerbstätigkeit erfordert Schul- und Berufsbildung, Gesundheitsversorgung, Alten- und Kinderbetreuung, auch wenn diese gleichzeitig ständig unter Beschuss stehen. Soziale Staatsfunktionen sichern das nötige Mindestmaß an Stabilität, dämpfen den Klassenkampf. Erzählungen von „sozialer Marktwirtschaft“ und „Sozialpartnerschaft“ sowie das Schüren nationaler Überheblichkeit gegen andere („Schuldnerländer“, „faule Griechen“, „reformunwillige Franzosen“) sollen Lohnabhängige für die Profitziele der „eigenen“ Konzerne einspannen. Für den Krisenfall werden repressive Apparate, Polizei und Armee ausgebaut.

## Staatliche Umverteilung

Neben herrschaftssichernden Funktionen erfüllt der Staat ökonomische Aufgaben zur Absicherung von Profitproduktion und -realisierung. Staaten und Zentralbanken mobilisieren große Geldmengen zur Stützung von Banken. Der deutsche Staat förderte beispielsweise mit der Agenda 2010

Prekarisierung und Lohndumping, um die Wettbewerbskraft deutscher Großkonzerne auf dem Weltmarkt zu steigern.

Über Steuern, Abgaben, Subventionen, Sozialkürzungen verteilt der Staat das erarbeitete Sozialprodukt (Geldpreis der Gesamtheit aller Dienstleistungen und produzierten Güter in einem Land und Jahr) um. Dabei geht es primär um Umverteilung von unten nach oben, es sei denn, der Klassenkampf der „Unteren“ erzwingt eine andere Verteilung. Die Staatsquote, der Teil des Sozialprodukts, der durch die Hände des Staates geht (also die Staatsausgaben), liegt in entwickelten kapitalistischen Ländern bei knapp 40% (USA) bis 58% (Finnland); in der BRD lag sie zuletzt bei 45% - das zeigt, wie stark der Staat eingreift.

Staaten sind zum Nutzen ihrer Konzerne aktiv: mit Handelsverträgen oder durch Mitarbeit in Gremien, wie der Welthandelsorganisation, der G7 (Westmächte) oder der G20 (G7 plus Schwellenländer). In Deutschland sind die Unternehmer in mächtigen Verbänden organisiert, mit Konzernbossen an der Spitze. Unternehmerverbände und Regierungen schufen formelle und informelle Gremien, Stiftungen, Projekte, in denen sie wichtige Entscheidungen der

Innen- und Außenpolitik abstimmen (siehe Kasten zur Agenda 2010). Spitzen der Politik, Konzernchefs und milliardenschwere Großaktionäre bilden die staatsmonopolistische Oligarchie (Oligarchie ist griechisch für „Herrschaft von Wenigen“).

Die Anforderungen an den Staat sind jedoch widersprüchlich: Interessen der Kapitalisten widersprechen sich oft und die Stabilität des Gesamtsystems erfordert zunehmend die Einbindung von Mittelstand und Arbeiterklasse. Der Staat ist durch Kämpfe beeinflussbar. Seine systemstabilisierende Funktion kann er nur bei relativer Selbstständigkeit gegenüber Partikularinteressen erfüllen.

## Planbarer Kapitalismus?

Wurde der Kapitalismus durch den Stamokap planbar, zum „Sozialismus durch die Hintertür“? Die Unternehmer brauchen den Staat, schütteln ihn aber, so oft es geht, wieder ab, gemäß dem neoliberalen Credo „Privat vor Staat“. Der Stamokap entstand als Antwort auf Krisen und zeichnet sich durch das unmittelbare Verwachsen der Monopolverbände mit den staatlichen Organen aus. So erkannte Lenin in der Analyse der Kriegswirtschaft des deutschen Imperialismus im 1. Weltkrieg die Verwandlung des vorherigen, monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die höhere Staatsquote, das stärkere Eingreifen des Staates führen aber weder zu besserer Planbarkeit noch zur besseren Durchsetzung der Interessen der

# Geld ist genug da Zeit es uns zu holen

## Text 3

Rechenbeispiel (wird in der gelayouteten BiZeI grafisch dargestellt):

Jährlicher Gewinn von Siemens (6,2 Milliarden Euro) = 162.000 fehlende Pflegestellen

Vermögen von Reinhold Würth (11,6 Milliarden Euro, Erbauer des Schraubenunternehmens Würth) = Ein Jahr bundesweit kostenloser Nahverkehr

Vermögen von Stefan Quandt (18,7 Milliarden Euro, Großaktionär bei BMW) = kostenlose Schulfahrten für alle Schüler in ihrer gesamten Schulzeit in 20 Jahren

„Verteidigungshaushalt“ 2017 (37 Milliarden Euro) = Durchführung aller momentan notwendigen Schulsanierungen

Vermögen von Beate Heister & Karl Albrecht (25,4 Milliarden Euro, Aldi) = Kostenloses Mittagessen für alle SchülerInnen in den nächsten 25 Jahren

## Die Angriffe setzen sich fort

Der Trend, der mit Agenda 2010 eingeschlagen wurde, setzt sich fort. Die immer weitere Einführung von Schmalspurausbildungen und Kürzungen, vor allem auf kommunaler Ebene, hat Folgen, die wir mehr und mehr zu spüren bekommen. Gleichzeitig erleben wir neue Angriffe auf die Arbeiterklasse. Diese beiden Aspekte sollen nun kurz angeschnitten werden.

### ...in der Schule...

Im schulischen Bereich erleben wir, dass die Bildungsunterfinanzierung neue „Höhepunkte“ erreicht: Mittlerweile besteht ein Sanierungsstau von 34 Milliarden Euro an Schulen<sup>1</sup> - die Folge: Defekte Heizungen, undichte Fenster, Schimmel an den Wänden, bröckelnde Schulgebäude, kaputte oder fehlende Sportgeräte. Doch nicht nur hier fehlt das Geld: In Bayern liegt die Obergrenze für Schulklasse bei Realschulen bei 37 SchülerInnen, häufig wird diese Grenze erreicht; immer mehr Unterricht fällt aus und fast jede/r dritte Fünfzehnjährige nimmt Nachhilfe<sup>2</sup>. Gleichzeitig sind Elite-Unis und Privatschulen aber super finanziert. Mit der Bildungsunterfinanzierung, den miesen Lernbedingungen und dem Trend zur Schmalspurbildung steigt auch der Leistungsdruck: SchülerInnen

müssen mehr Zeit zuhause aufwenden, um in der Schule mitzuhalten und trotz der zunehmenden Selektion eine Chance auf einen Ausbildungsplatz oder ein Studium zu haben. So verwenden SchülerInnen ab 13 Jahren im Schnitt 44 Wochenstunden auf Schulunterricht, Lernen und Hausaufgaben, ab der 9. Klasse werden 45 Stunden im Schnitt noch übertroffen. Das hat auch gesundheitliche Folgen, so hat beispielsweise rund jede/r dritte SchülerIn Schlafstörungen (35%), jedes sechste Kind leidet an Erschöpfungsdepressionen. Kein Wunder – schließlich führt die Selektion schon im Alter von etwa zehn Jahren dazu, dass das Kind eines Professors bei gleicher Leistung eine 3,4mal höhere Chance hat, eine Empfehlung für das Gymnasium zu bekommen, als ein Arbeiterkind. Gleichzeitig boomt der private Bildungssektor, der derzeit ca. 40 Milliarden Euro pro Jahr ausmacht. Das entspricht über einem Fünftel der Bildungsausgaben (ohne Forschung & Entwicklung). Die GEW beklagt in ihren jährlichen Privatisierungsreporten den immer größeren Einfluss von Konzernen und Bundeswehr auf Schule und Lehrinhalte – zum Beispiel durch Lehrerfortbildungen von McKinsey und Schulmaterialien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft oder der Allianz. Selbst öffentliche Schulen sind von Schulprivatisierungen betroffen (siehe Kasten).

<sup>1</sup>GEW 2016, <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/marode-schulen-34-milliarden-euro-sanierungsbedarf/>.

<sup>2</sup> <https://www.berliner-zeitung.de/familie/auch-bei-guten-noten-warum-immer-mehr-schueler-zur-nachhilfe-geschickt-werden-26991038>



**...im Betrieb...**

Nach der Schule wird es nicht besser: Insgesamt fehlen 300.000 Ausbildungsplätze jährlich. Knapp 50% der Unter-25-jährigen arbeiten in atypischen Beschäftigungsverhältnissen – unter Frauen und MigrantInnen ist der Anteil noch höher. Doch aus Angst vor Hartz-IV nehmen viele Jugendliche irgendeinen Job an, so schlecht die Bedingungen auch sind, bevor sie gar nichts haben. Selbst vom Mindestlohn, der nicht zum Leben ausreicht, gibt es etliche Ausnahmen wie die 80-Cent-Jobs für Geflüchtete.

Die Agenda 2010 hat Wirkung gezeigt, die Angriffe auf den Wert der Ware Arbeitskraft (welcher im Lohn ausgedrückt wird) werden verstärkt und die Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse – Festangestellter, Leiharbeiter/Werkvertrag, Arbeitsloser Geflüchtete – nimmt weiter zu. So waren beispielsweise die Bruttolöhne der unteren 40% 2015 deutlich niedriger als noch 1995, in der Folge verdienen viele Jugendliche weniger als ihre Eltern im gleichen Alter. Das liegt auch daran, dass der Anteil der Beschäftigten, die nach Tarifvertrag bezahlt werden, sinkt. In Tarifverträgen werden die Mindeststandards für alle wichtigen Arbeits- und Einkommensbedingungen wie Löhne, Gehälter, Ausbildungsvergütung, Arbeitszeit, Urlaub und Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Kündigungsfristen und vieles weitere einheitlich für alle ArbeiterInnen einer Branche geregelt. Während 1995 noch 70% der Beschäftigten in Deutschland nach Tarifvertrag bezahlt wurden, waren es 2016 nur noch 53,3%, in ganz Deutschland ist weniger als ein Drittel der Betriebe tarifgebunden - und wo Tarifverträge gelten, werden sie häufig gebrochen.<sup>1</sup>

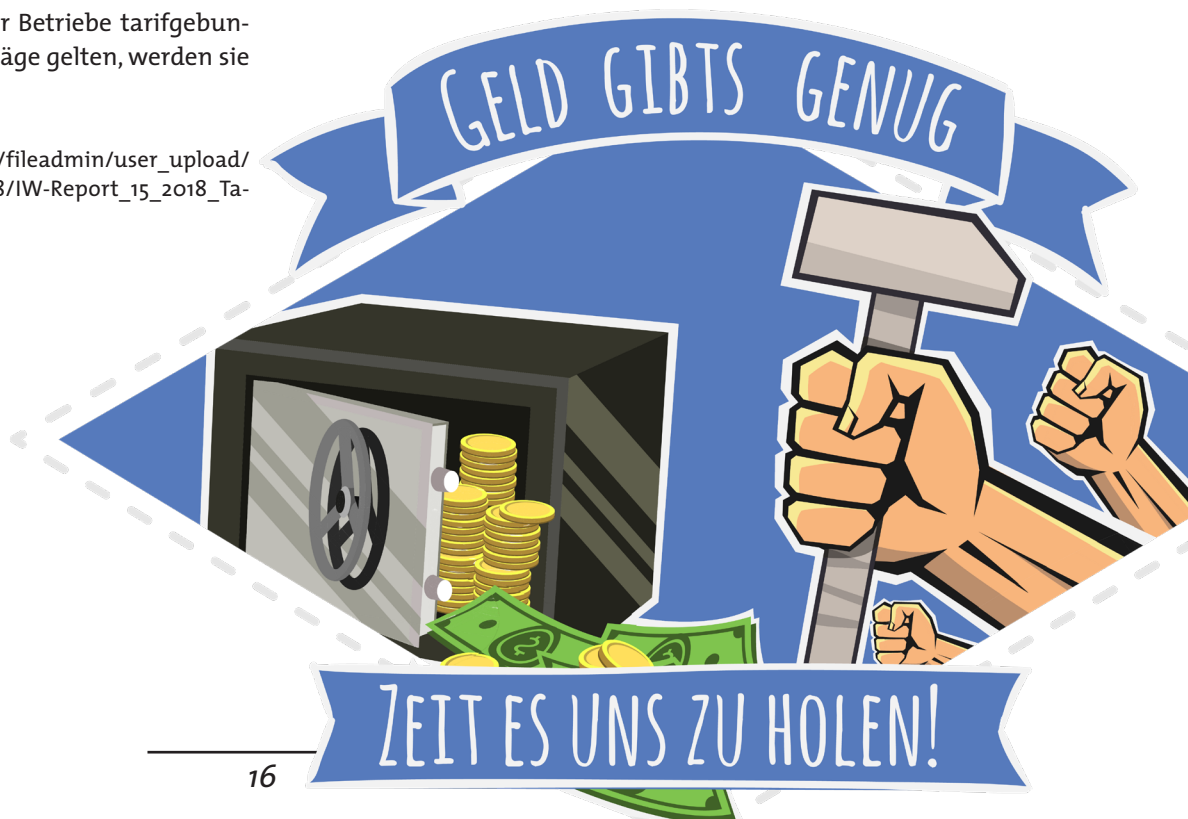
<sup>1</sup>[https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user\\_upload/Studien/Report/PDF/2018/IW-Report\\_15\\_2018\\_Tarifbindung.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2018/IW-Report_15_2018_Tarifbindung.pdf)

Nicht zuletzt ist das Streikrecht durch das Tarifeinheitsgesetz im Jahr 2015 unter der großen Koalition (CDU/SPD-Regierung) eingeschränkt worden. Dieses schreibt fest, dass nur die Gewerkschaft in einem Betrieb Tarifverträge durchsetzen kann, die dort die meisten Mitglieder hat. Somit wird das Streikrecht kleinerer Gewerkschaften eingeschränkt. Die Tarifeinheit befürworten wir zwar prinzipiell – die durchzusetzen ist aber Aufgabe der Gewerkschaften und nicht die des Staates!

**...und in den Kommunen.**

Durch Überstunden und Leistungsdruck bleibt uns sowieso wenig Freizeit. Doch wenn wir sie haben, werden uns auch hier die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung genommen: In den vergangenen 10 Jahren ist jedes zehnte Schwimmbad geschlossen worden. Der Grund:

Genau wie viele Jugendzentren sind diese angeblich zu teuer, dank Schuldenbremse sind die Kommunen nicht mehr in der Lage, zu bezahlen. Und das, obwohl auch an Schulen viele Angebote gestrichen werden – immer öfter sind Schwimmbäder und Turnhallen marode und können nicht genutzt werden, die Ganztagsangebote an Schulen nehmen ab. Die dramatischen Auswirkungen der Kürzungen spüren wir auch an maroden Schulen und Hochschulen und nicht zuletzt am Zustand unserer Krankenhäuser. In Krankenhäusern fehlen laut ver.di 162.000 Stellen, die Beschäftigten sind überlastet und haben nicht mal mehr Zeit, sich – wie vorgeschrieben – die Hände zu waschen.



# Geld ist genug da!

Wenn wir dem Geld, was uns fehlt, die Ausgaben für Rüstung oder den Vermögen der reichsten Deutschen gegenüberstellen (siehe Grafik), wird schnell klar: Eigentlich ist genug Geld da – nur eben nicht für uns. Wenn wir uns zusätzlich anschauen, dass in Deutschland 36 Milliardäre so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Deutschen und weltweit 42 Milliardäre der Welt so viel wie die ärmere Hälfte der Welt, dann bestätigt sich (vgl. Text 2): Das Kapital nutzt diese Angriffe auf uns, um seine Profite und seine Rüstungsausgaben zu sichern und um die Stellung Deutschlands als Weltmacht auszubauen. Dabei geht

die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Und die basiert darauf, dass ein immer größer werdender Teil der Gesellschaft arm ist und bleibt – so müssten wir mit unserem Durchschnittslohn alleine, um das Vermögen der beiden Aldi-Brüder Karl und Theodor Albrecht zu erreichen, 26.000 Jahre arbeiten.



## Unsere Grundrechte

Eigentlich wäre also genug Geld da, um unsere Grundrechte zu sichern, zu denen unter anderem die folgenden gehören (diese werden ausführlich im Zukunftspapier genannt)<sup>1</sup>:

**Grundrecht auf Bildung:** Freier Zugang aller Menschen zum gesellschaftlichen Wissen und zu kulturellen Errungenschaften und gleiche Bildungschancen. Wir brauchen ein Bildungssystem, das uns nicht in Menschen erster und zweiter Klasse spaltet, sondern in dem alle Menschen kostenfrei mit- und voneinander lernen (eine Schule für Alle), eine Schule, in der sowohl eine umfassende Allgemeinbildung als auch praktisches Wissen über den Produktionsprozess vermittelt wird. Zu unseren Sofortforderungen zählt die Forderung nach mehr Geld für Bildung, nach dem Nein zu Bundeswehr, Konzernen und Privatisierung in den Schulen, nach der Abschaffung von G8 und dem gegliederten Schulsystem und damit auch nach der Reduzierung des Leistungsdrucks.

**Grundrecht auf Ausbildung und Arbeit:** Arbeit ist die Grundlage jeder Gesellschaft – und wer keine Arbeit hat, ist oft vom Großteil des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der es keine Erwerbslosigkeit gibt. Wir brauchen aber auch jetzt schon eine Absicherung, die es uns ermöglicht, selbstständig und unabhängig zu leben und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben – und diese wird uns gerade mehr und mehr genommen. Und zum Recht auf Arbeit gehört für uns auch das Recht auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz für jede/n Jugendliche/n und die Übernahmegarantie. Heute fordern wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit, kämpfen

für mindestens 112,5% Ausbildungsplätze des Bedarfs und somit für eine Ausbildungsplatzgarantie, für eine Mindestausbildungsvergütung von 1200€ und für einen Mindestlohn von 12€ pro Stunde.

**Grundrecht auf Erholung, Sport, Kultur und Gesundheit:** In unserer Freizeit haben wir das Bedürfnis, uns von den Anstrengungen des Alltags zu erholen, an Kultur und Sport teilzuhaben und unsere sozialen Beziehungen zu entwickeln. Voraussetzung dafür ist, dass kulturelle Einrichtungen und Freizeitmöglichkeiten allen Jugendlichen offenstehen. Verpflichtende Schul-, Lern- und Arbeitszeit muss eng begrenzt werden und das Gesundheitssystem muss für uns kostenlos sein. Als Sofortforderungen fordern wir freien Zugang zu Kultur, Sport und Unterhaltung, die Rücknahme der Kürzungen und ein kostenloses Gesundheitssystem.

**Grundrecht auf Frieden:** Das Grundrecht auf Frieden ist die Grundlage aller unserer anderen Grundrechte. Dabei bedeutet Frieden nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern dass überhaupt keine Kriegsgefahr mehr vorhanden ist, dass Angriffe gegen andere Länder unterbunden sind, Jugendliche nicht mehr in Kriegsdienste gezwungen werden und dass Rüstungsausgaben der Vergangenheit angehören. Heute fordern wir den Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, den Stopp aller Rüstungsexporte, stellen uns gegen Bundeswehreinmächtigkeiten im Innern und fordern, dass Geld statt in Bundeswehr und Rüstung für unsere Grundrechte ausgegeben wird – damit ließe sich wie in den Grafiken dargestellt schon viel finanzieren!



Die Forderung nach solchen Grundrechten ist keine neue Forderung – die Arbeiterbewegung fordert bereits seit über 100 Jahren ihre Grundrechte ein. So ist zum Beispiel die Forderung nach einem Recht auf Arbeit so alt wie die Arbeiterbewegung selbst und tauchte bereits bei den utopischen Sozialisten Saint-Simon und Charles Fourier auf. Vollständig lassen sie sich im Kapitalismus nicht durchsetzen, sondern erst im Kampf um den Sozialismus und den Kommunismus. Denn Krieg, Erwerbslosigkeit, Selektion und Angriffe auf die Arbeiterbewegung sind untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden, da das Kapital sie braucht, um ihre Profite zu sichern. Deshalb kämpfen wir für den Sozialismus. Doch schon heute kämpfen wir dafür, dass Teile unserer Grundrechte umgesetzt werden und machen deutlich, dass es eigentlich möglich wäre, die Grundrechte umzusetzen – würden ihnen nicht das Profitsystem des Kapitalismus entgegenstehen.

Dabei könnten wir unsere Grundrechte heute viel leichter durchsetzen als noch vor 100 Jahren: Durch die Produktivkraftentwicklung können wir die gleiche Warenmenge in immer kürzerer Zeit schaffen. So konnten wir im Jahr 2012 mit etwa der gleichen Arbeitszeit ein siebenmal so großes Bruttoinlandsprodukt (Gesamtwert aller Güter, die in einem Jahr in der BRD hergestellt werden) erzeugen

## ***Zeit uns das Geld zu holen!***

Um unsere Grundrechte durchzusetzen und sie zu verteidigen, können wir uns also nicht auf blinden Fortschrittsglauben verlassen, sondern müssen uns selbst dafür einsetzen. Und das beginnt bei ganz kleinen Punkten: In der Schule von Freya aus Kassel wehrten sich Schülerinnen und Schüler gegen Hausaufgaben, da sie den Leistungsdruck erhöhen und sozial ungerecht sind. Vor einer Demo der Landesschülervertretung gegen Hausaufgaben, an der sie mit über 30 SchülerInnen der Schule teilnahmen, bereiteten sie sich mit einer öffentlichen Schülerversammlung vor und erarbeiteten Argumente gegen Hausaufgaben. Nun wurde in der Schule tatsächlich ein Arbeitskreis zur Erarbeitung einer neuen Hausaufgabenregelung gegründet, und die SchülerInnen bestehen darauf, dass der Schülerrat der neuen Regelung vor dem Inkrafttreten zustimmen muss – unter Beteiligung von SchülerInnen außerhalb der Schülervertretung.

Ein anderes Beispiel kommt aus Erlangen: Lukas arbeitet bei Siemens und ist seit einiger Zeit in seiner Jugendauszubildenden-

wie 1970! Wenn wir uns anschauen, wie viel schneller wir durch die Mechanisierung, Automatisierung und Digitalisierung arbeiten können – Entwicklungen, die wir unter dem Begriff der wissenschaftlich-technischen Revolution zusammenfassen – kann uns das kaum wundern. Somit sind unsere Forderungen auch keine Traumschlösser und Hirngespinnste, sondern leiten sich aus dem aktuellen Stand der Produktivkräfte und damit daraus ab, was gesellschaftlich möglich wäre, wenn wir unsere Mittel im Interesse der Mehrheit der Gesellschaft einsetzen würden.

Heute sind Angriffe wie die Agenda 2010, der Trend zu Schmalspurausbildungen und die Schuldenbremsen zentrale Ursachen für die schlechter werdende Lage der Arbeiterjugendlichen in Deutschland. Doch wie wir am Tarifeinheitsgesetz, an weiteren Kürzungen, an der Zunahme der atypischen Verhältnisse usw. feststellen können, sind diese Angriffe auf uns und unsere Grundrechte noch nicht beendet.





1 vertretung (JAV) aktiv. Mitte 2017 wurde dort  
2 bekannt, dass Siemens bundesweit 15 der 33  
3 Ausbildungszentren schließen möchte. Auf  
4 die Initiative von Lukas und anderen haben  
5 die JAVen bundesweit begonnen, Unter-  
6 schriften gegen die geplanten Schließungen  
7 zu sammeln und sich die betroffenen Aus-  
8 bildungszentren dafür aufzuteilen. Letztlich  
9 konnte ein großer Teil der Auszubildenden  
10 an den Ausbildungszentren davon überzeugt  
11 werden, zu unterschreiben und der Druck  
12 wurde so groß, dass im Ergebnis nur zwei  
13 statt 15 Ausbildungszentren geschlossen wer-  
14 den.

15 Wenn wir uns organisieren, dann können wir  
16 also tatsächlich etwas an unserer Situation  
17 ändern. Und auch, wenn wir gerade noch weit  
18 von der Durchsetzung unserer Grundrechte  
19 entfernt sind – der Weg dorthin führt über  
20 den gemeinsamen Kampf mit unseren Mit-  
21 schülerinnen und Mitschülern, mit unseren  
22 Kolleginnen und Kollegen und unseren Kom-  
23 militoninnen und Kommilitonen für konkre-  
24 te, (am Ende gar nicht so) kleine Veränderun-  
25 gen, wie zum Beispiel um die Reduzierung  
26 von Hausaufgaben oder gegen die Schließung  
27 von Ausbildungszentren. Um solche Kämpfe  
28 zu entwickeln, sollten wir uns in Schülerver-  
29 tretungen, Jugend- und Auszubildendenver-  
30 tretungen und Betriebsräten organisieren. In  
31 den Kämpfen können wir klar machen, dass

wir etwas erreichen können, wenn wir uns  
zusammenschließen – und auch aufzeigen,  
wer der Durchsetzung unserer Forderungen  
entgegensteht, nämlich die Banken und Kon-  
zerne und der bürgerliche Staat, und dass die  
Angriffe auf uns System haben. Wir müssen  
aufzeigen, was gesellschaftlich mit all dem  
Geld eigentlich möglich wäre, dass genug  
Geld da wäre. Und dazu gehört auch, aufzu-  
zeigen, dass wir zwar im Kapitalismus einzel-  
ne unserer Forderungen durchsetzen können,  
diese aber ständig unter Beschuss sind und  
dass wir für eine dauerhafte Durchsetzung  
unserer Interessen für den Sozialismus und  
den Kommunismus kämpfen müssen, also  
für die Abschaffung der Klassen, für den Sturz  
der Kapitalistenklasse, deren Interessen der  
Verwirklichung unserer Grundrechte entge-  
gensteht.

Um all das deutlich zu machen, sollten wir  
das Jugendaktionsprogramm nutzen, das  
genau das deutlich macht: Was brauchen wir  
eigentlich, wie kann das bezahlt werden, wie  
können wir das durchsetzen und was hat all  
das mit dem Kapitalismus zu tun.

#### Werkzeugkontrolle:

1. Diskutiert Beispiele aus jedem der genannten Bereiche (Schule, Betriebe und Kommune), die zeigen, dass die Angriffe nicht der Vergangenheit angehören. Bezieht dabei auch eure eigenen Erfahrungen ein.
2. Welche Grundrechte fordern wir und warum? Woraus leiten wir sie ab?
3. Warum sind die Forderungen nicht unbezahlbar oder aus der Luft gegriffen, sondern tatsächlich umsetzbar? Was haben sie mit der Produktivkraftentwicklung zu tun?

#### Arbeitsfragen:

1. In Text 2 wurden die Unterschiede zwischen Reformen von unten und oben erklärt. Diskutiert mithilfe dieses Abschnittes, an welchen unserer Forderungen auch die Kapitalistenklasse (zeit- und teilweise) ein Interesse haben könnte. Für was müssen wir selbst kämpfen?

2. Warum fordern wir überhaupt Grundrechte? Warum können wir die Grundrechte nicht vollständig im Kapitalismus durchsetzen? Schüren wir mit der Forderung von Grundrechten nicht auch Illusionen?
3. Diskutiert über die Bedeutung der Arbeit in Interessenvertretungsstrukturen wie der SV/SMV, den Gewerkschaften oder der JAV im Kampf für die Rechte der arbeitenden und lernenden Jugend und der ganzen Arbeiterklasse.
4. Die Kostenfrage aufzeigen und darüber klar machen, dass der Kapitalismus das Problem ist – diskutiert, wie das in eurer Schule/Betrieb/Uni, in eurem Umfeld funktionieren kann. Wie kann das Jugendaktionsprogramm helfen?

#### Zusatzmaterial/Tipps zum Weiterlesen:

- Jugendaktionsprogramm
- Zukunftspapier der SDAJ



## Privatisierung – Was soll der Scheiß?

Privatisierung hat viele Gesichter. Die wohl offensichtlichste Form ist der Verkauf von Staatseigentum an Unternehmen oder private Anteilseigner. Beispiele dafür wären die Telekom oder die Post. Im Zuge der Umwandlung der Deutschen Bahn in ein Aktienunternehmen taucht eine andere Variante auf: Ein Unternehmen, das vorher nach den Regeln des Öffentlichen Rechts geführt wurde, wird juristisch in das Privatrecht überführt. Die Grundaufgabe der Versorgung der Öffentlichkeit wird dadurch komplett durch das Prinzip der Profitmaximierung ersetzt – obwohl der Staat noch immer der einzige Anteilseigner ist. Dies geht oft einher mit einer weiteren Form. Profitträchtige Bereiche, wie zum Beispiel Teile der innerstädtischer Bahngrundstücke, werden als Filetstücke einzeln verkauft.

Eine weitere Form der Privatisierung – auch diese in vielen Facetten – erleben wir unter den Schlagwörtern ÖPP (Öffentlich-Private-Partnerschaft) oder ÖÖP (Öffentlich-Öffent-

liche-Partnerschaft). So zum Beispiel bei der geplanten Privatisierung der Berliner Schulgebäude und -grundstücke. Dabei plant der Berliner Senat die Schulgebäude und -grundstücke in eine privatwirtschaftliche GmbH in Landeseigentum zu überstellen. Das Vehikel ist dabei das Erbpachtrecht. Grundstücke und Gebäude sollen entsprechend als Kreditsicherheit für Sanierungen und Neubau dienen. Die Kommunen werden Mieter, das öffentliche Kontrollrecht ist durch geheimes Privatrecht ersetzt. Ob Grundstücke oder Gebäude so jemals wieder in Landeseigentum kommen ist dabei offen. Die Bankenspekulation wird dabei in die Schule geholt.

Die Grundlage von Privatisierungen ist die Gewinnsucht des Kapitals. Für Kapitalisten ist es erstmal egal in was sie investieren, soweit der Profit stimmt. Verspricht nun die klassische Investition in das produzierende Gewerbe auf Grund von Überproduktion und zu geringen Absatzmöglich-

keiten keinen Gewinn mehr, muss in andere Branchen investiert werden, wo sich der Kapitalist mehr Profit erhofft. Auf Grund von Krisen, fehlender Nachfrage oder allgemeiner des tendenziellen Falls der Profitrate, sind aber bald alle Branchen ausgeschöpft. An diesem Punkt greift der Staat ein indem er Sphären, die vorher dem Kapital verschlossen waren öffnet, also vormals öffentliche Bereiche privatisiert.

Die Folgen der Privatisierungen: Immer höhere Kosten für den Staat und die Arbeiterklasse, bspw. durch steigende Mieten. Damit erhöhen sich zwangsläufig die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft, was wiederum negative Effekte für die kapitalistische Profiterwirtschaftung hat. Der Staat gerät in ein Dilemma und es öffnen sich Fenster für Rekommunalisierungen – wie bei den Berliner Wasserbetrieben - und die Frage der Enteignung rückt auf die Tagesordnung. Häufig gehen solche Rekommunalisierungen aber mit hohen Rückkaufkosten für den Staat einher, der die Objekte vorher verscherbelt hat. Aber es gibt auch eine andere Form der Verstaatlichung: In der Krise von 2008 wurden massenhaft Schul-